

Souveränes Europa? Die EU im Spannungsfeld zwischen China und den USA

*Beschluss Landesausschuss
10. Juli 2021*

Der politische und wirtschaftliche Aufstieg Chinas hat die Weltordnung nachhaltig verändert. Die Europäische Union ist hier gefordert, da die einzelnen Mitgliedstaaten zu klein sind, um die europäischen Werte und Interesse zu verteidigen und die Weltordnung mitzugestalten. Es ist Zeit für eine einheitliche europäische Strategie in den Beziehungen zu China und eine Reform der EU-Außenbeziehungen.

Die Europa-Union fordert daher:

EU-Strategie für China-Politik entwickeln und umsetzen:

Die europäisch-chinesischen Beziehungen sind seit der politischen und wirtschaftlichen Öffnung Chinas im Jahr 1978 hochkomplex. China ist für Europa Partner, Konkurrent und Systemrivale zugleich und eine Annäherung der Volksrepublik an das westliche Wertesystem erscheint im Jahr 2021 in nie dagewesener Ferne. Gleichzeitig hat sich China im Laufe der letzten Jahrzehnte zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt und einer geostrategischen Supermacht entwickelt. Ohne die internationale Einbindung der Volksrepublik können heute kaum noch globale Herausforderungen wie beispielsweise der Klimawandel bewältigt werden. Vor diesem Hintergrund braucht es eine differenzierte europäische Chinastrategie, die der besonderen Rolle der Beziehungen Rechnung trägt. Grundüberzeugung ist dabei die Verteidigung des europäischen Wertesystems, bei gleichzeitiger Einbindung Chinas in die internationale Weltordnung.

Die fünf Eckpunkte einer europäischen Chinastrategie sollten umfassen:

1. Etablierung eines europäisch-chinesischen Wertedialogs und eine klare Positionierung zu Menschenrechtsproblemen. Europa sollte hier einen engen Schulterschluss mit den Vereinigten Staaten und anderen gleichgesinnten Staaten suchen.
2. Aktive Einbindung Chinas in multilaterale Weltordnung und gemeinsame Arbeit an der Bewältigung globaler Herausforderungen. Hierzu zählt insbesondere der Klimawandel, der Aufbau einer stabilen Sicherheitsarchitektur in Asien und Afrika und die Reform des globalen Handelssystems.
3. Stärkung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen und Schaffung eines Level Playing Fields. Investitions- und Marktzugangsbedingungen für europäische Unternehmen in China müssen denen entsprechen, die für chinesische Unternehmen in der EU gelten. Wettbewerbsverzerrende Subventionen an chinesische Unternehmen, erzwungene Technologietransfers und einseitige Marktzugangsbeschränkungen müssen vollständig beseitigt werden.
4. Stärkung von China- und Asienkompetenz in Europa durch die Intensivierung von Kommunalpartnerschaften, Schüleraustauschen und Universitätskooperationen. Dies betrifft neben dem Erwerb interkultureller Kompetenz vor

allem das Erlernen sprachlicher Fähigkeiten und den Aufbau von persönlichen Beziehungen. Wir brauchen eine junge Generation von „Brückenbauern“ zwischen Europa und Asien.

5. Diversifizierung von europäischer Asienpolitik: Stärkung von Beziehungen zu Wertepartnern in der Region (Korea, Japan, südostasiatische Staaten) und ganzheitliche Betrachtung der Region Asien-Pazifik. Mit Blick auf das rasante Bevölkerungswachstum in Asien und die globalen Expansionsbestrebungen Chinas sollte eine europäische Asienpolitik deutlich multidimensionaler aufgestellt werden.

Diese einzelnen Entwicklungsfelder können nur gemeinsam betrachtet werden. Während eine Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen auf wechselseitigen Abhängigkeiten beruht, sind Dialoge zu Grundfreiheiten und Menschenrechten nicht im Interesse Chinas. Wirtschaftliche Anreize sollten deswegen mit Bedacht gesetzt werden und nur erfolgen, wenn China auch in anderen Themengebieten klare Verpflichtungen einght.

Die EU nach Außen handlungsfähig machen und nach Innen stärken

Die EU muss in Zukunft wesentlich einheitlicher und kohärenter im Verhältnis zu China auftreten. Hierzu bedarf es eine Reihe innerer Reformen.

- Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU muss gestärkt werden. Dies bedeutet die Einführung von Mehrheitsentscheidungen im Rat (auch für Sanktionsmaßnahmen) und mehr Zuständigkeiten und Ressourcen für den Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD).
- In den UN-Organisationen und anderen internationalen Konferenzen muss die EU mit einer gemeinsamen Delegation auftreten.
- Die geplante Connectivity-Strategie als europäische Alternative zur Road-Belt-Strategie sollte baldmöglichst umgesetzt werden.
- Sonderformate wie die Gruppe 19+1 müssen abgeschafft werden. Die Teilnahme der Mitgliedstaaten an Projekten wie der Road-and-Belt-Initiative müssen europäisch abgestimmt werden, so dass diese nicht auseinanderdividiert werden können.
- Die EU muss ihre China/Asien-Kompetenzen ausbauen und hierzu z.B. Wissenschaftlernetzwerke und Forschungsgruppen einrichten.
- Die EU muss ihre Investitionen in Forschung und Entwicklung deutlich weiter ausbauen, als im neuen EU-Finanzrahmen beschlossen, um bei Schlüsseltechnologien der Zukunft den Anschluss nicht zu verlieren. Hierzu gehören z.B. der Ausbau unserer digitalen Infrastruktur und die gezielte Förderung von Kerntechnologien wie Künstliche Intelligenz, Quantum-Computing, alternative Antriebstechniken und autonomes Fahren.
- Die EU muss zur Durchsetzung fairer Wettbewerbsbedingungen und Standards im Umwelt-, Verbraucher- und Sozialschutz konsequenter vorgehen. Vorhandene Instrumente wie Anti-Dumping- oder Anti-Subventionsmaßnahmen, sowie das Regelwerk der WTO müssen proaktiv genutzt und vorausschauend weiterentwickelt werden. Geltende Richtlinien zur Produktsicherheit müssen beim Onlinehandel und Import konsequenter kontrolliert und Verkaufsplattformen in die Verantwortung genommen werden.
Importe aus China / Asien sind häufig deshalb so billig, weil Umweltschutz, Klimaveränderung und Menschenrechte nicht beachtet werden. Damit Lieferketten auch in Europa wieder eine Chance im globalen Wettbewerb erhalten, muss die EU rechtliche Schritte einleiten und Strafzahlungen oder Zölle

für Importe beschließen. Eine zeitnahe Umsetzung eines europäischen Lieferkettengesetzes und Importverbote für Waren, die unter Zwangsarbeit hergestellt wurden, sind zwingend notwendig.

Multilateralismus ausbauen

Die EU sollte die Zusammenarbeit mit den USA und anderen Demokratien (Kanada, Australien, Neuseeland, Japan) ausbauen, um in folgenden Feldern eine gemeinsame Linie gegenüber China zu vertreten.

- in politischen Grundsatzfragen wie Demokratie, Menschenrechte, Einhaltung von internationalen Vereinbarungen,
- in sicherheitspolitischen Fragen,
- zur Einhaltung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation,
- gegen Marktzugangsbeschränkungen und wettbewerbsverzerrende Subventionsvergaben.

Begründung (NICHT Teil des Beschlusses):

Politische Lage Chinas

Die Volksrepublik China hat sich seit ihrer Öffnung im Jahr 1978 zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt und einer geostrategischen Supermacht entwickelt. Heute können ohne die internationale Einbindung Chinas kaum noch tragfähige Entscheidungen getroffen und globale Herausforderungen bewältigt werden. Dies betrifft insb. die Sicherheitspolitik in Asien, Afrika, und dem Mittleren Osten, die internationale Klimapolitik und die Wirtschaftspolitik.

Um den Aufstieg Chinas weiter zu festigen, hat die Kommunistische Partei (KP) im Jahr 2017 einen grundlegenden Kurswechsel vollzogen und die Machtstellung von Staats- und Parteichef Xi Jinping deutlich ausgebaut. Hintergrund waren vor allem die ausufernde Korruption auf allen staatlichen Ebenen und die Sicherung des Machtmonopols von Präsident Xi. In einem ersten Schritt wurde im Jahr 2018 die Amtszeitbegrenzung des Präsidenten aufgehoben, wodurch dieser defacto nun auf unbestimmte Zeit regieren kann. Darüber hinaus wurde das nach der Mao Ära in der KP etablierte System der kollektiven Verantwortung (innerparteiliches System der Gewaltenteilung zwischen unterschiedlichen Parteiorganen) schrittweise zurückgefahren und durch eine starke autokratische Führung ersetzt.

Für den Umbau des politischen Systems zieht Präsident Xi vor allem die Lehren aus dem Zerfall der ehemaligen Sowjetunion, deren Modell in vielen Bereichen als Grundlage für den Aufbau Chinas herangezogen wurde. Aus Xi's Sicht kann die langfristige politische Stabilität Chinas nur dann sichergestellt werden, wenn zwei Elemente vollständig erfüllt sind: Erstens ein marktwirtschaftlich geprägtes, aber staatlich gesteuertes Wirtschaftssystem (anstelle einer reinen Planwirtschaft) und zweitens eine schlagkräftige Partei mit universellem Führungsanspruch. Um Letzteres zu erreichen, wurde im Jahr 2012 eine großangelegte staatliche Anti-Korruptionskampagne gestartet, durch die auch viele politische Rivalen Xi's beseitigt und in Schauprozessen verurteilt wurden.

Der starke Umbau des Regierungsapparats in Verbindung mit der schwierigen Wirtschaftslage führt schon heute zu sichtbaren Rissen in der Partei. Gerade der jüngste Ausbruch des Coronavirus zeigt, wie stark die politische Stabilität Chinas nach wie vor vom

Wohlstandsversprechen an die chinesische Gesellschaft abhängt. Es bleibt abzuwarten, wie sich die politische Lage bei abnehmendem Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren entwickeln wird.

Wirtschaftliche Lage Chinas

In den 40 Jahren nach Einleitung der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik hat sich die Volksrepublik China zu einem der wichtigsten Handelspartner der Europäischen Union entwickelt. Insb. für die deutsche Wirtschaft ist der chinesische Markt heute einer der wichtigsten Absatzmärkte und eng in die internationalen Wertschöpfungsketten verflochten. Im Jahr 2020 waren mehr als 5000 deutsche Unternehmen in China tätig, die im Reich der Mitte mehr als 1,5 Mio. Mitarbeiter beschäftigen.

Ungeachtet des weiterhin hohen Wirtschaftswachstums (6% im Jahr 2019) hat der Handelskrieg mit den USA die chinesische Wirtschaft schwer getroffen. Nach Schätzungen der amerikanischen Notenbank (FED) könnte sich der gesamtwirtschaftliche Schaden auf mehr als 850 Mrd. US-Dollar belaufen. Das wäre mehr als das doppelte des deutschen Staatshaushalts.

Die USA verfolgen mit ihrer Strafzollpolitik vor allem zwei Ziele: Erstens die Beseitigung des strukturellen Handelsbilanzdefizits zwischen Amerika und China und zweitens die Begrenzung der Technologieführerschaft Chinas, die durch die Industriestrategie „Made in China 2025“ bis zum Jahr 2049 (dem 100. Jubiläum der Volksrepublik) erreicht werden soll. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang vor allem, dass die Anti-China Politik Washingtons auf einem relativ breiten Konsens zwischen Republikanern und Demokraten beruht. Beide Parteien sind sich einig, die Unterwanderung der Regelungen der Welthandelsorganisation (WTO) durch China in den letzten Jahren nicht länger hinnehmen zu wollen.

Um eine weitere Verschärfung der wirtschaftlichen Abkühlung zu verhindern, hat die chinesische Regierung im Frühjahr 2020 ein staatliches Stimulus-Programm im Wert von mehreren hundert Milliarden Euro aufgesetzt. Das Programm besteht vor allem aus der Förderung staatlicher Infrastrukturprojekte, der Deregulierung des Bankensektors und der Ausweitung der expansiven Geldpolitik durch die chinesische Zentralbank. Im Ergebnis werden damit die im Jahr 2016 eingeleiteten Maßnahmen zum Schuldenabbau und zur Sanierung der Staatswirtschaft vollständig konterkariert. Vorrangiges Ziel ist nun die Stabilisierung der Arbeitslosenquote, die in China als zentrales Stabilitätskriterium gilt.

Chinas Entwicklung im Hinblick auf Grund- und Menschenrechte

Im November 2019 haben die sogenannten „China Cables“ die systematische Verfolgung und Unterdrückung der ethnischen Minderheit der Uiguren in der chinesischen Provinz Xinjiang belegt. Unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung werden mehr als eine Millionen Menschen in Lagern und weitgehend ohne Gerichtsprozesse festgehalten. Einige europäische Unternehmen stehen aufgrund ihrer Aktivitäten in Xinjiang in der Kritik. Auch andere ethnische und religiöse Minderheiten werden seit Jahrzehnten von der politischen Führung Chinas unterdrückt. Internationale Kritik an der Situation wird von chinesischer Seite stets abgewiesen.

Zusätzlich hat sich die Entwicklung in Hongkong weiter verschärft. Der ständige Ausschuss des chinesischen Volkskongresses hat im Juni 2020 ein nationales Sicherheitsgesetz für Hongkong verabschiedet. Seitdem hat sich die Lage der demokratischen Opposition drastisch verschlechtert. Zahlreiche Oppositionsfiguren sitzen in Haft, Medienportale werden zensiert oder müssen aufgrund staatlicher Eingriffe schließen. Die damit einhergehende Einschränkung der Demokratie stellt einen schwerwiegenden Eingriff in die Autonomierechte der Sonderverwaltungszone dar und steht im Konflikt mit der chinesisch-britischen gemeinsamen Erklärung aus dem Jahr 1984.

Am 22. März 2021 hat die EU-Sanktionen gegen Einzelpersonen und Einrichtungen in der Provinz Xinjiang erlassen, die maßgeblich zur Unterdrückung der Uiguren beitragen. Damit wurden die ersten Sanktionen gegen chinesische Akteure seit dem Massaker am Tiananmen-Platz im Jahr 1989 beschlossen. China reagierte auf diesen Schritt mit Gegensanktionen, die sich gegen Mitglieder des Europäischen Parlaments, Mitglieder nationaler Parlamente und gegen Forschungseinrichtungen in der EU richten.

Im weiteren Kontext muss notiert werden, dass es im Verständnis von Freiheitsrechten grundlegende Unterschiede zwischen China und Europa gibt. In China geht die Digitalisierung mit einer rasant zunehmenden Einflussnahme staatlicher Behörden einher. Invasive Überwachungstechnologien und soziale Bewertungssysteme sind mit dem Werteverständnis der EU nicht vereinbar. Der wachsende Einfluss chinesischer Digital- und Infrastrukturkonzerne und deren enge Verknüpfung mit staatlichen Sicherheitsorganen in China erfordert Wachsamkeit auf Seiten der EU.

Hintergrund-Information zu Europa-Union Baden-Württemberg e.V.:

Die Europa-Union Deutschland ist ein überparteilicher und gemeinnütziger Verband, der seit über 70 Jahren unter dem internationalen Dachverband der Europäischen Bewegung in der Gesellschaft durch zahlreiche Aktivitäten und Veranstaltungen auf ein geeintes, demokratisches Europa in Frieden, Freiheit und Wohlstand hinwirkt. Wir sind aktiv auf lokaler, regionaler, nationaler und europäischer Ebene. Rund 18.000 Mitglieder sind in 16 Landesverbänden mit rund 350 Kreis-, Orts- und Stadtverbänden vernetzt und haben Partnerorganisationen in über 30 Ländern Europas. Im Landesverband Baden-Württemberg führen wir über 3.100 Mitgliedern in 32 Kreisverbänden.

Der Landesverband Baden-Württemberg e.V. zählt neben vielen parteilosen Persönlichkeiten viele führende Politiker aus den Reihen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. 8 der 11 Europaabgeordneten aus Baden-Württemberg sind Mitglied der Europa-Union. Im Landtag von Baden-Württemberg gehören aktuell 43 Abgeordnete aus CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen der Europa-Union an. Über 140 Kommunen im Land unterstützen die Arbeit der Europa-Union durch eine Mitgliedschaft.

Auch an der Spitze des Bundesverbandes spiegelt sich ihr überparteiliches Profil wider. Neben dem Präsidenten, Rainer Wieland MdEP (CDU), finden sich im Präsidium unter anderen parteilosen EUD-Mitgliedern, Gabriele Bischoff MdEP (SPD) und Evelyne Gebhardt MdEP (SPD) wieder.

Kontakt:

Daniel Frey, Medienreferent
E-Mail: daniel.frey@eubw.eu
Webseite: <https://eubw.eu>